

Vortrag der Agglomerationskommission (AKO) an den Stadtrat**Agglomerationskommission: Tätigkeitsbericht für das Jahr 2016****1 Ausgangslage**

Die Agglomerationskommission (AKO) wurde vom Stadtrat erstmals für die Legislatur 2005–2008 als nicht ständige Kommission eingesetzt mit dem Auftrag, die Entwicklung der Agglomerationspolitik auf kantonaler und regionaler Ebene zu verfolgen. Nach der Einführung der Regionalkonferenz Bern-Mittelland wurde die AKO durch Beschluss der Stimmberechtigten auf den 1. Januar 2013 in eine ständige parlamentarische Kommission überführt. Sie erstattet dem Stadtrat jährlich Bericht über ihre Aktivitäten. Der vorliegende Bericht gibt Auskunft über die Tätigkeit der AKO im Jahr 2016 und ist am 25. Januar 2017 zuhänden des Stadtrats verabschiedet worden.

2 Zusammensetzung

Die AKO hatte im Berichtsjahr drei Mutationen zu verzeichnen. Am Ende des Jahres gehörten der Kommission die folgenden 11 Stadtratsmitglieder an:

Hans Ulrich Gränicher (SVP), Präsident
Ingrid Kissling-Näf (SP), Vizepräsidentin
Isabelle Heer (BDP/CVP)
Stefan Hofer (SVP)
Bettina Jans-Troxler (GFL/EVP)
Peter Marbet (SP)
Patrizia Mordini (SP)
Stéphanie Penher (GB/JA!)
Alexandra Thalhammer (FDP)
Luzius Theiler (AL/GPB-DA/PdA+)
Patrick Zillig (GLP)

3 Aufgaben und Zuständigkeiten der AKO

Aufgaben und Zuständigkeiten der AKO ergeben sich aus Artikel 72e der Gemeindeordnung und Artikel 25a des Geschäftsreglements des Stadtrats. Demnach übt die Kommission im Auftrag des Stadtrats die Aufsichtsfunktion über die städtische Agglomerationspolitik aus, lässt sich regelmässig vom Gemeinderat über die agglomerations- und regionalpolitischen Aktivitäten der Stadt informieren und bringt dabei die Sicht des Stadtrats ein. Weiter prüft sie alle Sachgeschäfte, welche die Agglomerationspolitik betreffen, nimmt Stellung im Rahmen von Mitwirkungsverfahren und ist zuständige Kommission für ein allfälliges Behördenreferendum gegen einen Beschluss der Regionalversammlung. Sie pflegt Kontakte zu anderen Parlamenten und Akteuren und Akteurinnen in der Region mit dem langfristigen Ziel, eine gemeinsame Haltung zu entwickeln. Dazu führt sie regelmässig Tagungen zu aktuellen Themen der Agglomerationspolitik durch.

4 Sitzungen und Themen

Die AKO traf sich 2016 zu fünf ordentlichen Kommissionssitzungen. Hinzu kamen die jährliche Tagung, die bereits zum elften Mal durchgeführt wurde, und ein Vernetzungsanlass mit den umliegenden Gemeinden im Erlacherhof. Stadtpräsident Alexander Tschäppät und Regula Buchmüller (Leiterin der Abteilung Aussenbeziehungen und Statistik) nahmen wie gewohnt regelmässig an den Sitzungen der AKO teil und informierten die Kommission über die Aktivitäten des Gemeinderats und die Traktanden der Regionalversammlung. Im Zentrum der Kommissionsarbeit standen 2016 die folgenden Themen:

Regionalversammlungen der Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM)

Am 23. Juni und am 27. Oktober 2016 traf sich die von den Präsidentinnen und Präsidenten der 85 Gemeinden gebildete Regionalversammlung der RKBM zu ihren ordentlichen Sitzungen. Der Gemeinderat hat die AKO jeweils vorgängig über die traktandierten Geschäfte und seine Haltung zu den Vorlagen informiert. Aus städtischer Sicht interessierte im Berichtsjahr insbesondere die Behandlung des Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepts RGSK II. Das Konzept soll die Voraussetzungen schaffen, um die Region Bern Mittelland als attraktiven Lebens- und Naturraum und als Wirtschaftsstandort zu stärken. Die AKO hatte sich bereits im Rahmen der Mitwirkung im Juli 2015 zum Entwurf des RGSK II geäussert und dabei u.a. die Zielsetzung einer qualitativ hochwertigen inneren Verdichtung der Siedlungsräume unterstützt.

Am 19. Oktober 2016 liess sich die AKO von Gesamtprojektleiter Jos Aeschbacher, Laurent Reusser (Bereichsleiter Verkehr RKBM) und Thomas Iten (Präsident Kommission Verkehr und Gemeindepräsident von Ostermundigen) nochmals ausführlich über das Geschäft informieren. Dabei betonten die Experten die hohe Bedeutung, die dem RGSK II für die Positionierung der Region gegen aussen und im Wettbewerb mit anderen Regionen um die finanziellen Mittel für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zukommt. Im Bereich Siedlung legt das Konzept den Schwerpunkt auf die rasche Mobilisierung und Realisierung von bestehenden Baulandreserven, die Nutzung von Verdichtungspotenzialen und die Erhaltung von Freiräumen und Möglichkeiten zur Naherholung. Dabei geht es von einer Bevölkerungszunahme um 10 Prozent bis 2030 aus. Im Verkehrsbereich wird die bewährte VVV-Strategie fortgesetzt: Vermeidung der Verkehrszunahme, Verlagerung des Verkehrs auf den öffentlichen und den Langsamverkehr sowie Verträglichkeit der Gestaltung von bestehenden Verkehrsflüssen. In der Regionalversammlung wurde das RGSK II am 27. Oktober 2016 von einer deutlichen Mehrheit der Gemeinden inkl. Stadt Bern unterstützt und verabschiedet. Die Genehmigung durch den Kanton soll im 1. Quartal 2017 erfolgen.

Wie gewohnt befasste sich die Regionalversammlung auch mit statuarischen Geschäften: Am 23. Juni 2016 genehmigte sie die Jahresrechnung, die aufgrund von ausserordentlichen Kosten im Bereich Personalvorsorge mit einem Aufwandüberschuss von rund 620'000 Franken abschloss. Am 27. Oktober stimmte sie einstimmig dem Budget 2017 zu. Es sieht bei einem Gesamtaufwand von knapp 10 Millionen Franken einen geringfügigen Ertragsüberschuss von 24'300 Franken vor. Der Pro-Kopf-Beitrag der Gemeinden kann um 10 Rappen auf 3.94 Franken reduziert werden. Schliesslich entschied sich die Regionalversammlung mehrheitlich für den Verbleib der RKBM im Verein Hauptstadtregion Schweiz und bewilligte einen Kredit von 315'000 Franken für die Entrichtung des Mitgliederbeitrags bis 2020. Die Stadt unterstützt als eigenständiges Mitglied des Vereins Hauptstadtregion die Mitgliedschaft der RKBM im Hinblick auf eine gemeinsame Interessenvertretung der Hauptstadtregion auf Bundesebene. Wie bisher beteiligt sie sich deshalb mit einem Solidaritätsbeitrag von 10'000 Franken an den Kosten für den Mitgliederbeitrag der RKBM.

Regionales Angebotskonzept ÖV 2018-2021

Gemäss ihrem Auftrag prüft die AKO alle Geschäfte, welche die Agglomerationspolitik der Stadt betreffen. In diesem Rahmen kann sie Mitberichte zuhanden der anderen Kommissionen sowie Dritten verfassen und sich vernehmen lassen. Im Berichtsjahr hat sich die AKO an der Mitwirkung zum Regionalen Angebotskonzept ÖV 2018-2021 beteiligt und am 24. Februar 2016 eine Stellungnahme zuhanden der RKBM verabschiedet. Darin hielt die Kommission fest, dass es trotz der Ablehnung des Projekts Tram Region Bern wichtig ist, die Realisierung einer zweiten Tramachse in der Berner Innenstadt als Entlastungsmassnahme zu prüfen. Zudem unterstützt die AKO die Absicht, das weitere Vorgehen im Zusammenhang mit der Zweckmässigkeitsbeurteilung Wyler-Länggasse festzulegen. Schliesslich äusserte sie den Wunsch, dass eine bessere Anbindung der Bundesstadt Bern an den internationalen Bahnverkehr geprüft werden sollte (Direktverbindungen in die wichtigsten europäischen Zentren, Verzicht auf die Abschaffung bestehender Nachtzüge).

Neuregelung der parlamentarischen Mitwirkung bei wichtigen Vorhaben der RKBM

Die AKO hat sich im Berichtsjahr mehrmals mit der Frage befasst, in welcher Form der Stadtrat bei Mitwirkungen zu wichtigen Geschäften der RKBM konsultiert werden soll. Anlass dazu gab eine interne Weisung, die von der Geschäftsleitung der RK am 18. Dezember 2015 beschlossen und allen Parlamentsgemeinden zugestellt wurde. Darin wird festgelegt, bei welchen wichtigen Vorhaben die Gemeindeparlamente zwingend konsultiert und wie und in welchen Fristen die Konsultationen durchgeführt werden müssen. Bisher sind die Parlamente nicht direkt zur Stellungnahme in Mitwirkungsverfahren eingeladen worden, obwohl sie gemäss den Bestimmungen des Gemeindegesetzes (Artikel 153 Absatz 3) konsultiert werden müssen.

Im Rahmen der kommissionsinternen Beratung dieser Weisung sind Unklarheiten und unterschiedliche Auffassungen bezüglich des Vorgehens bei Konsultationen des Stadtrats durch die RK deutlich geworden. Auch bei den übrigen Parlamentsgemeinden in der Region Bern Mittelland fehlt eine einheitliche Praxis, wie eine Umfrage bei den betreffenden Gemeinden gezeigt hat. Gemeinsam ist allen Gemeinden, dass es die kurzen Fristen im Rahmen der Mitwirkungsverfahren erschweren, die Parlamente in diesem Prozess angemessen zu berücksichtigen. Einige Gemeinden wie Muri, Ostermundigen und Zollikofen haben die Zuständigkeit für die Teilnahme an Konsultationen der RK deshalb an eine Kommission übertragen. Diese erarbeiten eigene, von der Haltung des Gemeinderats unabhängige Stellungnahmen und können diese allenfalls dem Parlament zur Genehmigung unterbreiten. Die betreffenden Kommissionen sind in der Regel auch zuständig für die übrigen Belange der Regionalkonferenz (Behördenreferendum).

Vor diesem Hintergrund hat die AKO beschlossen, Verfahren und Zuständigkeiten bei Konsultationen des Parlaments auch auf städtischer Ebene verbindlich zu regeln und dem Stadtrat zu beantragen, eine entsprechende Bestimmung ins Geschäftsreglement aufzunehmen. Demnach ist künftig die AKO abschliessend zuständig für Konsultationen bei wichtigen Vorhaben der RK. Sie arbeitet allenfalls unter Beizug von externen Sachverständigen die Konsultationsantwort aus, holt den Mitbericht des Gemeinderats und der zuständigen Sachkommission ein und kann nach eigenem Ermessen entscheiden, ob die Antwort dem Gesamtstadtrat zum Beschluss unterbreitet werden soll. Diese Zuständigkeitsregelung ist aus der Sicht der Kommission sinnvoll, denn die AKO ist bereits heute erste Ansprechpartnerin des Gemeinderats im Zusammenhang mit Beschlüssen über allfällige Behördenreferenden oder -initiativen und lässt sich regelmässig über die Traktanden der Regionalversammlung informieren. Sie hat ihren Antrag am 19. Oktober 2016 mit 5 zu 1 Stimmen genehmigt und an die Aufsichtskommission zur Weiterbearbeitung im Rahmen der laufenden Teilrevision des Geschäftsreglements überwiesen.

Regionale Vernetzung

Vernetzung und Kontaktpflege mit den umliegenden Gemeinden gehören zu den thematischen Schwerpunkten der AKO. Die Beziehungspflege und der Informationsaustausch sollen das gegenseitige Verständnis in der Region fördern und zur Vertrauensbildung beitragen. Die Kommission hat deshalb auch 2016 einen Vernetzungsanlass mit Vertreterinnen und Vertretern der angrenzenden Gemeinden und der Parlamentsgemeinden im Perimeter der RKBM durchgeführt. Rund 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten am 7. September 2016 im Erlacherhof unter der Leitung von Kommissionspräsident Hans Ulrich Gränicher das Thema „Alterspolitik in der Region Bern.“ Ausgangspunkt bildete ein Referat von Markus Loosli, Vorsteher des kantonalen Alters- und Behindertenamtes, zum Altersbericht des Regierungsrates. Der im Frühjahr 2016 veröffentlichte Bericht hält fest, dass die Alterspolitik angesichts der demografischen Entwicklung weiter an Bedeutung gewinnt und nur mit Unterstützung von aktiven Gemeinden und Regionen erfolgreich gestaltet werden kann.

Eine vielfältige regionale Vernetzung schafft die Grundlage für eine bessere Zusammenarbeit mit den Gemeinden. Dieses Ziel verfolgt auch die Plattform Region Bern, die sich am 6. Juni 2016 im Kornhausforum präsentierte. Wie im Vorjahr wurde die Veranstaltung von den beiden ehemaligen Gemeindepräsidenten Christian Zahler (Ostermundigen) und Hans-Rudolf Saxer (Muri-Gümligen) vorbereitet und mit Unterstützung der RKBM durchgeführt. Prof. Heike Mayer von der Universität Bern sprach zum Thema „Wirtschaftsstrukturen und Strategien in Hauptstädten“ und zog dabei einen Vergleich zwischen dem Grossraum Bern und anderen Hauptstädten wie Ottawa, Den Haag und Washington D.C. Anschliessend diskutierten neun regionale Organisationen auf dem Podium über mögliche Strategien im Raum Bern. Auch die AKO beteiligte sich aktiv an der Podiumsdiskussion und war jeweils durch das Präsidium in den Vorbereitungsgesprächen vertreten.

Berichterstattung des Gemeinderats zur Agglomerationspolitik

Der Gemeinderat orientiert die AKO als Aufsichtsorgan zweimal jährlich über die städtische Agglomerationspolitik. Die mündliche Berichterstattung erfolgte am 15. Juni 2016. Der Stadtpräsident informierte die Kommission wie gewohnt im Sinn einer Tour d'horizon über den aktuellen Stand verschiedener Agglomerationsprojekte, die aus städtischer Sicht von besonderer Bedeutung sind. Dabei wurden die Standortwahl für den Bau eines neuen Campus der BFH im Weyermannshaus, die bevorstehende Schliessung des Politforums im Käfigturm und die Erstellung einer neuen Werkstätte im Raum Bern durch die BLS ausführlich diskutiert. Anschliessend wurde die Kommission erstmals direkt von den zuständigen Gemeinderatsmitgliedern detailliert über die gemeindeübergreifenden Aktivitäten im den Bereichen Jugendpolitik, Alterspolitik und Sport (Bildungsdirektorin Franziska Teuscher) sowie über Organisation, Aufgaben und Dienstleistungen der regionalen Wirtschaftsförderung (Sicherheitsdirektor Reto Nause) informiert.

Am 30. November 2016 behandelte die AKO den jährlichen Bericht des Gemeinderats an den Stadtrat zur Agglomerationspolitik. Der Bericht informiert wie in den Vorjahren über die agglomerationspolitischen Projekte der Stadt und differenziert dabei zwischen Projekten mit engem Agglomerationsbezug und solchen mit einem Agglomerationsbezug im weiteren Sinn. Agglomerationsprojekte im engen Sinn sind für die Stadt solche, die in Zusammenarbeit mit den Gemeinden der Kernagglomeration Bern und im Rahmen der RKBM erarbeitet werden. Aktuell gilt dies für das Projekt ÖV-Linie 10 bzw. Tram Bern Ostermundigen, das den Stimmberechtigten im Jahr 2017 zur Genehmigung unterbreitet werden soll. Weiter gehören die Projekte Velorouten und Veloparkierung, Sportinfrastruktur (insbesondere Realisierung einer 50m-Schwimmbhalle, für deren Projektierung der Stadtrat am 1. Dezember 2016 einen Kredit von 6,8 Mio. Franken bewilligt hat), Standort Fachhochschule und Alterspolitik bzw. regionale Altersplanung in diese Kategorie. Für weitere Informationen wird auf den Bericht des Gemeinderats vom 26. Oktober 2016 verwiesen.

Die AKO hat den Bericht des Gemeinderats positiv gewürdigt und beantragt dem Stadtrat, den Bericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Durch den Fokus der Berichterstattung auf Projekte mit grosser Tragweite bietet der Bericht einen knappen und gleichwohl informativen Überblick über die aktuell relevanten Fragen der Regional- und Agglomerationspolitik und zeigt auf, welche Ziele die Stadt im Rahmen der verschiedenen Projekte und in der Zusammenarbeit mit den regionalen Institutionen verfolgt. Weiter teilt die Kommission die Einschätzung des Gemeinderats, dass eine starke Agglomeration Bern auch ein Kerninteresse der Stadt ist, da es nur eine starke Region Bern ermöglicht, im Wettbewerb gegen andere und stärkere Wirtschaftsregionen zu bestehen. Sie unterstützt deshalb die Absicht des Gemeinderats, das Augenmerk in der Zusammenarbeit noch stärker als bisher auf die Kernagglomeration zu richten und die projektspezifische Kooperation mit den umliegenden Gemeinden weiterzuführen.

5 Jahrestagung in Bern

Am 4. November 2016 fand bereits die 11. Jahrestagung der AKO zur Agglomerationspolitik statt. Wie gewohnt wurden Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinden der RKBM, Grossrätinnen und Grossräte aus der Region sowie der gesamte Stadtrat zur Veranstaltung eingeladen. Nachdem der Anlass im Vorjahr in Zollikofen durchgeführt wurde, war 2016 turnusgemäss die Stadt Bern als Gastgeberin an der Reihe und lud die Gäste ins Stade de Suisse ein. Die Tagung stand unter dem Titel „Politik und gemeindeübergreifende Zusammenarbeit in Metropolitanräumen“ und setzte sich mit der Frage auseinander, was die Zusammenarbeit in funktionalen Räumen bringt und wie sie gestaltet werden soll. Wie in den Vorjahren stiess der Anlass auf grosses Interesse: Rund 65 Personen nahmen an der Veranstaltung teil, darunter fast 40 Vertreterinnen und Vertreter der Regionsgemeinden.

Das Vormittagsprogramm umfasste wie gewohnt drei Referate und eine Podiumsdiskussion. Zunächst erläuterte Politikwissenschaftler Dr. Walter Schenkel von der Universität Zürich die Frage nach der politischen Steuerung von Entscheidungsprozessen in Metropolitanräumen mit besonderer Beachtung der Mitwirkungsmöglichkeiten von Stadt- und Gemeindeparlamenten. Dabei nannte er als wichtigste Herausforderungen für die überregionale Zusammenarbeit die Lösung der Finanzierungsfragen, die Schaffung einer effizienten und transparenten Zusammenarbeitsform und die Einsicht, dass eine verstärkte Zusammenarbeit nicht zwingend zu einem Verlust an Autonomie führen muss, sondern im Gegenteil einen grösseren Handlungsspielraum für die einzelnen Gemeinden schaffen kann. Hinsichtlich der demokratischen Mitsprache stellte Schenkel fest, dass in diesem Punkt ein Defizit besteht und ein geeigneter Einbezug der Parlamente bisher nicht realisiert wurde.

In den beiden nachfolgenden Referaten wurden zwei Beispiele von überregionalen Zusammenarbeitsformen ausführlich beleuchtet. Zunächst schilderte Walter Schenkel als Leiter der Geschäftsstelle Organisation, Ziele und Aktivitäten des Vereins Metropolitanraum Zürich. Der Verein besteht seit 2009 und umfasst als Herzstück die Metropolitankonferenz Zürich mit insgesamt 120 Städten und Gemeinden aus den acht Kantonen Zürich, Schaffhausen, Thurgau, St. Gallen, Zug, Schwyz, Luzern und Aargau. Anschliessend erläuterte Georg Tobler, Geschäftsführer des Vereins Hauptstadtregion Schweiz, den aktuellen Stand der Arbeiten der Hauptstadtregion. Ziel des 2010 gegründeten Vereins ist es, die Hauptstadtregion als Politzentrum der Schweiz und als eigenständigen Lebens- und Wirtschaftsraum zwischen den drei anderen Metropolitanräumen Zürich, Basel und Bassin lémanique zu positionieren. Dies soll dank der Schaffung einer gemeinsamen Identität und der Schärfung des wirtschaftlichen Profils erreicht werden.

Die Referate bildeten den Ausgangspunkt für die Podiumsdiskussion. Dort diskutierten Stadtpräsident Alexander Tschäppät, Ruedi Flückiger, Präsident der Geschäftsleitung der RK Bern-Mittelland, Politikwissenschaftler Andreas Ladner von der Universität Lausanne und Anna Schindler, Direktorin Stadtentwicklung Zürich, über den Nutzen einer Zusammenarbeit in funktionalen Räumen. Die Teilnehmenden waren sich einig darin, dass Organisationen wie die RK Bern-Mittelland und die genannten Vereine zu einer besseren und fruchtbareren Zusammenarbeit in den Bereichen Raumplanung und Verkehr führt. Am Nachmittag setzten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in drei Workshops vertieft mit den Inputs aus den Fachreferaten und der Podiumsdiskussion auseinander und präsentierten ihre Erkenntnisse im Plenum. Detaillierte Informationen zu den Referaten, zur Podiumsdiskussion und zu den Workshops sind im ausführlichen Tagungsbericht enthalten (www.bern.ch/stadtrat).

6 Fazit

Die vorangegangenen Ausführungen zeigen, dass die AKO erneut auf ein abwechslungsreiches und spannendes Jahr zurückblicken kann. Die Kommunikation und der Austausch mit den Regionsgemeinden wurden im Berichtsjahr im Rahmen des Vernetzungsanlasses, der Plattform Region Bern und insbesondere anlässlich der Fachtagung der AKO weiter gepflegt. Dank ihren Aktivitäten hat sich die AKO als wichtige und anerkannte Akteurin in der Regional- und Agglomerationspolitik etabliert. Dies bestätigt auch der Gemeinderat, der in seinem Bericht zuhanden des Stadtrats feststellt, dass sich die Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und AKO in den letzten Jahren kontinuierlich etabliert und zu einem festen Bestandteil der städtischen Aussenpolitik entwickelt habe.

Auch die Kommission schätzt den regelmässigen Austausch und dankt dem Gemeinderat, dem ehemaligen Stadtpräsidenten Alexander Tschäppät und der Abteilung für Aussenbeziehungen und Statistik (AUSTA) für die ausgezeichnete Zusammenarbeit. Die periodische Berichterstattung des Gemeinderats und die Information über die Traktanden der Regionalversammlung und über laufende städtische Projekte im Bereich Agglomeration liefern der AKO wertvolle Hinweise für ihre eigenen Aktivitäten. Darüber hinaus bestehen aber nach wie vor offene Fragen hinsichtlich des Tätigkeitsfelds der Kommission, welche die AKO im Lauf der Legislatur 2017-2020 diskutieren wird.

7 Antrag

Der Stadtrat nimmt den Bericht der Agglomerationskommission für das Jahr 2016 in zustimmendem Sinn zur Kenntnis.

25. Januar 2017

Agglomerationskommission